

Foto: Michael Balay



Doro Moritz,
Landesvorsitzende GEW
Baden-Württemberg

Geld ist genug im Haushalt – aber nicht für Bildung!

Liebe Kolleginnen und Kollegen, liebe Leserin, lieber Leser,

Investitionen in Bildung wurden im Bundestagswahlkampf vielfach versprochen. Auch die grün-schwarze Landesregierung in Baden-Württemberg feiert sich dafür, dass sie angeblich massiv in Bildung investiert und im Doppelhaushalt für 2018 und 2019 1.350 neue Lehrstellen schafft.

Darüber kann sich nur freuen, wer sich nicht mit den Fakten befasst. Der Haushaltsentwurf der Landesregierung liegt vor. Mit den Überschüssen aus 2016 und den im Mai prognostizierten Steuermehreinnahmen für 2017 stehen dem Land 3,7 Milliarden Euro mehr zur Verfügung. Geld ist da im Überfluss!

Die für die Schuljahre 2018/19 und 2019/20 vorgesehenen Maßnahmen wie Ganztagschulen, Inklusion, Realschulen, Informatik, islamischer Religionsunterricht, Ethik und die Veränderung der gymnasialen Oberstufe führen zu einem Zusatzbedarf von 839 Deputaten in 2018 und weiteren 513 Deputaten in 2019. Dafür sind rund 1.350 Stellen notwendig. Aber die Stellen sind zum größten Teil keine neuen Stellen. Darunter sind 700 Stellen, die bis 2020 gestrichen werden sollten, aber jetzt erhalten bleiben. Sie werden für die neuen Aufgaben eingesetzt und fehlen dann woanders. Zusätzlich gibt es Geld statt Stellen. Auch Lehrkräfte, die für andere Aufgaben abgeordnet waren und nun in den Unterricht zurückkehren sollen, zählen zu den 1.350 „Stellen“. Tatsächlich werden nur 103 neue Stellen geschaffen! Den Eltern und Lehrkräften wird Sand in die Augen gestreut. Transparenz sieht anders aus!

Auch das Maßnahmenpaket der Kultusministerin zur Lehrgewinnung verbessert die Unterrichtsversorgung nicht. Sie macht nur Vorschläge, die die Arbeitsbedingungen der Lehrkräfte verschlechtern und den Anteil des Unterrichts von Personen ohne abgeschlossene Lehrerausbildung erhöhen. Der Lehrerberuf verliert dadurch weiter an Attraktivität.

Der Schulbetrieb wird mehr schlecht als recht durch Mehrarbeit von Lehrkräften aufrechterhalten, deren Arbeitszufriedenheit immer mehr sinkt, und wer kann, geht deshalb vorzeitig in den Ruhestand. Auch wenn es manchmal im Alltag nicht anders geht: Lehrkräfte verschleiern mit Vertretungsunterricht und Mehrarbeit den Lehrermangel. Gemäß Konferenzordnung beschließen die Kollegien Empfehlungen für die Anordnung von Vertretungen. Lehrkräfte und Schulleitungen sollten die Probleme nicht unter den Teppich kehren. Sie sind auch verpflichtet, die Eltern über die Situation an der Schule sachlich zu informieren.

Wo bleiben die Investitionen in die frühe Bildung, die in Sonntagsreden von der Politik so wichtig genommen wird? Für Leitungszeit, für die Verbesserung der Fachkraft-/Kind-Relation ist auch künftig kein Geld im Landshaushalt. Das Land wartet darauf, dass es dafür Geld vom Bund bekommt. Das Gesetz dazu ist noch nicht verabschiedet. Wo bleibt der Ausbau der Schulsozialarbeit, der gesellschaftspolitisch wichtig ist? Was wird die Schulgesetzänderung zum Ganztags bringen? Die vorgesehene Flexibilisierung des Ganztags muss wohl von den Kommunen und den Eltern finanziert werden.

Im Dezember beschließt der Landtag den Haushalt. Die Beschäftigten im Bildungsbereich dürfen nicht still bleiben, sondern müssen mit der GEW aktiv und laut Verbesserungen fordern. Die GEW, die pädagogischen Profis und die Eltern müssen die Abgeordneten darüber aufklären, was sie mit fehlenden Investitionen im Bildungsbereich anrichten. Es geht um unsere Arbeitsbedingungen und um die Zukunftschancen der Kinder und Jugendlichen.

Mit freundlichem Gruß

Ihre

A handwritten signature in black ink that reads "Doro Moritz".